



Bild: anfddeutsch.com

Efrîn mahnt:

STOPPT DIE TÜRKISCHEN ANGRIFFE AUF NORDSYRIEN UND DEN NORDIRAK!

Demonstration: Sa., 27. Juni 2020 / 15.00 Uhr / Oldenburg / Start: Hbf

In der Nacht zum 15. Juni 2020 begann die Türkei einen völkerrechtswidrigen militärischen Angriff im kurdischen Autonomiegebiet/Nordirak (Operation „Adlerklaue“). Türkische Kampfjets und Drohnen bombardierten vermutete Stellungen in den von der kurdischen Guerilla kontrollierten Medya-Verteidigungsgebieten, das unter UN-Schutz stehende Geflüchteten-Camp Mexmûr (Machmur) südwestlich von Erbil (Hewlêr) und das ezidische Hauptsiedlungsgebiet Shengal. Vor wenigen Jahren war Shengal Schauplatz eines Genozids an den Eziden durch den sogenannten IS. Damals wurden Tausende Menschen ermordet, gefoltert und insbesondere die Frauen entführt und versklavt. Nur einen Tag vor dem 15.06.2020 waren 150 der Ezid*innen, die 2014 den Angriff des IS überlebt hatten, nach Shengal zurückgekehrt.

Offizieller Grund dieses Angriffs der türkischen Luftwaffe ist die „Neutralisierung von Terrornestern zum Schutz der eigenen Grenzen und Bevölkerung“. Ein Blick auf die Karte macht aber deutlich, dass weder das Camp Mexmûr noch Shengal an der Grenze zur Türkei liegen.

Dieser aktuelle aggressive Akt reiht sich ein in die völkerrechtswidrigen Operationen des türkischen Staats und seiner verbündeten islamistischen Milizen in den letzten Jahren, die alle mit „Bedrohungen durch terroristische Organisationen“ begründet wurden. Gemeint waren und sind jedoch die Initiativen zum Aufbau eines revolutionär demokratischen Gesellschaftsprojekts, im Norden Syriens ebenso wie in anderen Gebieten: Dscharabulus (2016/17), Efrîn (2018), Girê Spî und Serkaniyê (2019) und jetzt 2020 der Angriff auf Shengal und Mexmûr.

Alle diese Angriffe haben die Besetzung Nordsyriens und des Nordiraks zum Ziel und damit die Ausweitung des türkischen Staatsgebiets auf das Gebiet des ehemaligen osmanischen Reiches. Die Strukturen der demokratischen Selbstverwaltung, die die Kurd*innen zusammen mit den verschiedenen dort ansässigen gesellschaftlichen und religiösen Gruppen aufgebaut haben, sollen zerstört und die Menschen vertrieben werden, um auch hier einen autoritären islamistisch-nationalistischen Staat zu installieren. Das Pendant dazu ist die Abschaffung demokratischer Strukturen auf eigenem Staatsgebiet, wo inzwischen mehr als 80% aller Kommunen mit gewählten Bürgermeister*innen der HDP unter Erdogan-treue Zwangsverwaltungen gestellt wurden.

Als Verein Städtefreundschaft Oldenburg-Efrîn verfolgen wir seit unserer Gründung 2018 diese Strategie des türkischen Staates und insbesondere die Entwicklungen im seit mehr als 2 Jahren besetzten Efrîn. Sie sind eine Blaupause für alles das, was die Menschen in den anderen von der Türkei beanspruchten Regionen Nordsyriens und des Nordiraks erwarten würde:

Vertreibung, Enteignung, Entführung, Erpressung, Mord, Folter, Vergewaltigung – ein Regime von Terror und Menschenverachtung, das begleitet wird von der

Zerstörung wirtschaftlicher und natürlicher Lebensgrundlagen, der Zerstörung von Kulturstätten und Friedhöfen, der Islamisierung öffentlicher Einrichtungen und der Einführung der türkischen Währung und Sprache in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Viele dieser Verbrechen überlassen die türkischen Besatzer den mit ihnen verbündeten islamistischen Milizen. Gerade aktuell sorgte ein Video aus Efrîn für Entsetzen: eine der islamistischen Besatzungsmilizen unterhält ein geheimes Frauengefängnis, aus dem Bilder von Frauen an die Öffentlichkeit gelangten, die misshandelt und nackt gefangen gehalten werden.

Die Menschen in den besetzten Gebieten, verschiedene syrische Oppositionsgruppen und die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien fordern seit langem die Untersuchung und Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen, die Unterstützung der Geflüchteten-Camps durch umfassende humanitäre Hilfe, den Abzug der türkischen Invasoren und den Beginn eines Friedensprozesses unter internationaler Kontrolle bis zu einer politischen Lösung.

Eine politische Lösung, die der Region und dem Land eine friedliche Zukunft bringt, kann nur mit einer Beteiligung der demokratischen Selbstverwaltung gefunden werden.

Wir fordern

- **den Abzug aller Besatzer, der türkischen Armee und ihrer islamistischen Bündnispartner, aus den besetzten Gebieten Nord- und Ostsyriens sowie aus dem Nordirak**
- **die Rückkehr der vertriebenen und geflohenen Menschen sowie ihrer demokratischen Selbstverwaltung**
- **ein demokratisches und föderales Systems in Syrien**

Für die Entwicklung einer Friedenslösung in diesem Sinne muss die demokratische Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien endlich diplomatisch anerkannt werden!

Unterstützt mit uns diese Forderungen und kommt zur Demonstration am

**Samstag, den 27. Juni 2020 um 15.00 Uhr in Oldenburg
Treffpunkt und Auftaktkundgebung:
Hauptbahnhof Oldenburg**

